

NRW vor der Wahl – die Parteien im Kampf um das Vertrauen und die Stimmen der Wähler. Ihren Programmen, so verschieden in vielen Detailpositionen sie sind, ist eines gemeinsam: der Kampf gegen die schmerzlich hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen und die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes. Die Schritte zu mehr Arbeit und Wohlstand, die die Parteien vorschlagen, unterscheiden sich unter anderem in einem wesentlichen Punkt: in ihrer Einschätzung der Bedeutung des Steinkohlenbergbaus für die Industrieregionen in Deutschland. Diejenigen, die sich entschieden für ein rasches Ende oder eine schnelle Halbierung der ohnehin rückläufigen Förderung aussprechen, widersprechen damit aber ihren eigenen politischen Zielen und Positionen. Mehr und schlimmer noch: Sie nehmen großen Schaden für das Land und seine Menschen in Kauf.

Steinkohlenbergbau – für den Industriestandort Deutschland unverzichtbar!

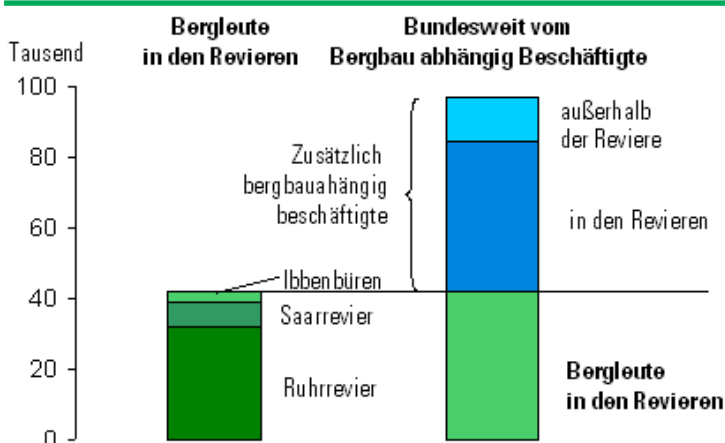
Der Steinkohlenbergbau ist heute, anders als in der Wiederaufbauphase 20 Jahre nach dem Krieg, nicht mehr prägend für NRW und das Saarland. Aus einem Land von Kohle und Stahl ist mittlerweile ein Land *mit* Kohle und Stahl geworden. Allerdings konnten viele der im Strukturwandel verloren gegangenen Arbeitsplätze nicht ersetzt werden. Umso wichtiger ist, dass der Steinkohlenbergbau heute nicht nur für die Energie- und Rohstoffversorgung, sondern auch für die Wirtschaft und Beschäftigung in den Bergbauregionen nach wie vor eine bedeutende Rolle spielt. Die neun Bergwerke in Nordrhein-Westfalen und im Saarland sowie die Kokerei geben noch rund 40 000 Menschen und ihren Familien direkt Arbeit und Einkommen. Unmittelbar abhängig davon sind Zulieferer, Dienstleister und weitere Betriebe der Mantelwirtschaft, die noch einmal fast das anderthalbfache an Arbeitsplätzen sichern – alles in allem leben immer noch rund 100 000 Menschen vom heimischen Steinkohlenbergbau.

Hinzu kommen tausende Beschäftigte in den Kraftwerken – heimische Steinkohle sichert rund 12 Prozent der bundesweiten Stromerzeugung. Die Modernisierung des deutschen Kraftwerksparks, die Entwicklung und der Bau modernster, umweltverträglicher Stromfabriken mit hohen Wirkungsgraden und die weitere Verminderung von CO₂-Emissionen bis hin zum CO₂-freien Kraftwerk sind gewaltige technologische Herausforderungen. Der Verbund von Bergbau und Kraftwerken, die enge technologische Zusammenarbeit und die gesicherte Versorgung mit dem Energieträger Steinkohle ist für die Kraftwerksstandorte NRW und Saarland unverzichtbar.

Der Ministerpräsident des Saarlandes will den Steinkohlenbergbau an der Saar sozialverträglich auslaufen lassen, weil dieser nach seiner Überzeugung nie wettbewerbsfähig würde. Für das Saarland, das seinerseits neben den Kohlehilfen des Bundes auf ständige Zuschüsse vom Bund und den Länderfinanzausgleich angewiesen ist, hätte das zunächst ein noch höheres Defizit zur Folge, denn alternative und zugleich wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind nicht in Sicht.

Ebenso unverständlich ist es, wenn einzelne Parteien im NRW-Landtagswahlkampf nun den Ausstieg oder die Halbierung der Steinkohlebeihilfen als ihre politischen Ziele nennen. Die Behauptung, NRW könne sich die Steinkohlebeihilfen (von Bund und Land) nicht mehr leisten, widerlegt sich angesichts der Größenverhältnisse der Beihilfen von selbst. Ihre wirtschaftliche Wirkung ist positiv. Arbeitslosigkeit

Beschäftigungseffekt des Steinkohlenbergbaus



keit ist die teuerste Lösung für die Volkswirtschaft. Zugleich würden die Folgen eines Kahlschlags bei der Steinkohle direkt andere politische Ziele zunichte machen.

1. So kann der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit nicht mit Entlassungen im Bergbau und in der Folge den von ihm abhängigen Branchen gewonnen werden. Bislang konnte der Stellenabbau im Bergbau sozialverträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen gestaltet werden – eine der großen Errungenschaften des Strukturwandels. Die politischen Vereinbarungen zwischen Bund, NRW und Bergbau sehen neben der weiteren Rückführung der Kohlehilfen und der Fördermenge auch einen weiteren Personalabbau von 36 000 Bergbaubeschäftigten Ende 2005 auf rund 20 000 im Jahr 2012 vor. Auch dieser Abbau von Arbeitsplätzen kann noch sozialverträglich erfolgen

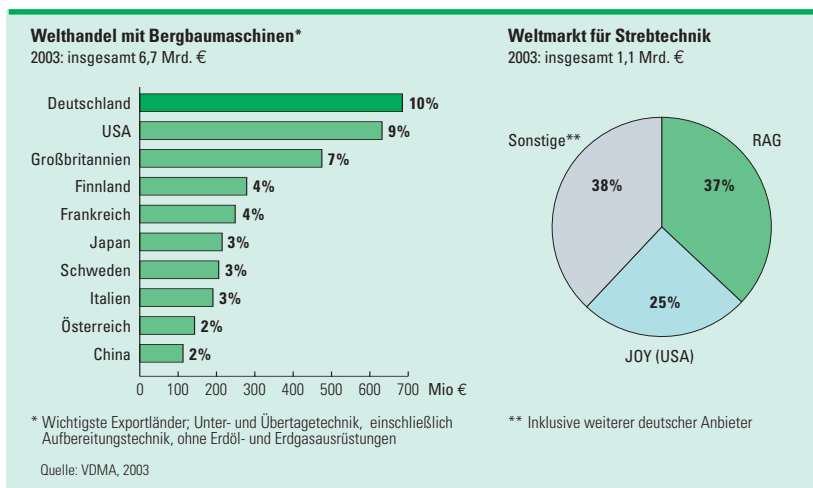
Durch eine drastische Beschleunigung könnte dieser Prozess nicht mehr sozialverträglich dargestellt werden. Das hätte dramatische Folgen für zehntausende Beschäftigte, ihre Familien und die Bergbauregionen im Land. Die Arbeitslosigkeit würde damit erneut drastisch verschärft und erhöht.

2. Ein weiteres politisches Ziel ist die Stärkung der Kompetenz- und Wachstumsfelder in den Bereichen Energie und Energietechnik sowie Umwelttechnik – „anstatt veraltete Industrien zu subventionieren“, wie es zynisch in einem Programm heißt. Eine solche Position missachtet den weltweit höchsten technologischen Stand des Steinkohlenbergbaus und der Bergbautechnik in Deutschland. So zählt das Lifestyle-Magazin „GQ – Gentleman's Quarterly“ Fördermaschinen des Bergbautechnik-Anbieters DBT in Lünen zu den zehn weltweiten

Spitzenprodukten „Made in Germany“ – neben deutschen Luxusyachten der Superklasse.

Will man aber die Bereiche Energie und Energietechnik, in denen die Bergbauländer bundesweit ohnehin schon führend sind, weiter stärken, dann wäre ein politischer Bergbau-Kahlschlag für dieses Ziel absolut kontraproduktiv. Damit sägt man den Ast – ja sogar den ganzen Baum – ab, auf dem man sitzt und weiter sicher sitzen will. Bergbau und Bergbaustandorte, Kraftwerke und Kraftwerksstandorte brauchen einander. Nur in einer engen technologischen Zusammenarbeit

Deutsche Bergbautechnik - weltweit Exportschlager



ist die Weiterentwicklung von Kraftwerks-Knowhow möglich. Ein Verzicht auf die Verstromung heimischer Steinkohle in Kraftwerken zwischen Rhein und Weser sowie an der Saar hätte schädlichste Konsequenzen: Neue Kohlekraftwerke würden nicht mehr hier, sondern im Ausland oder an der Küste gebaut, wo Importkohle ankommt; Milliarden-Investitionen und damit tausende neuer Arbeitsplätze im Kraftwerksbau würden in andere Bundesländer fließen.

3. Mit einer solchen Politik, die die Bedeutung des Steinkohlenbergbaus für Arbeit, Beschäftigung,

Fazit: Wer eine Politik gegen den heimischen Steinkohlen-Bergbau machen will, macht damit sehenden Auges eine Politik für mehr Arbeitslosigkeit in NRW und im Saarland, schwächt den Wirtschaftsstandort und verhindert die Weiterentwicklung und Anwendung weltweiter Spitzentechnologie und die damit verbundenen Investitionen.

Technologie-Entwicklung und Standort- wie Investitions-Entscheidungen krass und ignorant verkennt, erreicht man nicht politische Ziele wie neue Arbeitsplätze, die

Stärkung der Wirtschaftskraft und mehr Investitionen im Land. Der Bergbau und seine Zulieferer sind nicht nur Motoren und Promotoren für eine moderne und zukunftsorientierte Berufsausbildung und die Entwicklung neuer, zukunftssicherer Berufsbilder wie den Mechatroniker. Sie sind auch Garanten höchster und weltweit führender Technologieentwicklung und Innovationskraft und Voraussetzung für milliardenschwere Investitionen.